

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheinung wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelort 17. Fernruf 236. und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 43

Duisburg, den 25. Oktober 1924

25. Jahrgang

## Gründungserinnerungen

Von Reichsminister a. D. Johann Sieberts.

Als wir 1899 vom ersten christlichen Gewerkschaftskongress in Mainz zurückkehrten, wurde unterwegs bereits der Plan besprochen, einen Zentralverband für die christlichen Metallarbeiter zu gründen. Besonders unsere Kollegen in Köln drängten sehr, denn in Köln-Deutz war unter der Leitung unseres Kollegen Döring bereits eine Gruppe von 250 Metallarbeitern organisiert. Indes die Frage war nicht so einfach. Auch in Neheim-Hüften bestand eine kleine aktive, damals noch sehr zu den Hirsch-Dückerischen neigende Gruppe von Metallarbeitern, und endlich war im Siegerland unter Breitenbach ein Verein der Eisenbahn- und Bergarbeiter vorhanden. Brüst wäre es recht gewesen, wenn die Siegerländer Bergwerkleute zum Gewerkschaftsverein gekommen wären und Breitenbach die Metallarbeiter übernommen hätte. Aber ich legte mich nicht fest und wenn ich hier von mir persönlich spreche, so tue ich es deshalb, weil ich die Gründung eines Zentralverbandes der christlichen Metallarbeiter für so bedeutungsvoll und wichtig hielt, daß man sie nicht so aus dem Handgelenk im Eisenbahncoupee behandeln konnte. Für diesen Verband mußte vor allem der rechte Mann gesucht werden. Lange haben wir vergeblich Ausschau gehalten. Da wurde ich eines Tages aufmerksam gemacht auf Franz Wieber in Duisburg.

Franz Wieber war in den Kreisen der Arbeiterschaft bekannt. Die Formbewegung, der Formereistreich in Duisburg, der grundsätzliche Kampf um die parteipolitische und religiöse Neutralität des Formerverbandes, sein Ringen in den katholischen Arbeitervereinen, die Gründung einer eigenen Zeitung, des „Echo vom Niederrhein“, hatten in der christlichen Arbeiterwelt seinen Namen herumgetragen. Zwar derjenige, der mir von Franz Wieber erzählte, empfahl ihn nicht etwa, sondern wußte von ihm wenig Erbauliches zu reden. Franz Wieber wurde mir geschildert als ein recht widerborstiger, radikaler Bursche. Aber Franz war doch entschieden besser als sein Ruf. Ich dachte, den Bruder mußst du kennen lernen, und so kam es dann, daß wir uns eines Tages in Duisburg trafen, ich glaube, es war bei dem damaligen Präses des kath. Arbeitervereins Dr. Wibbelt, jenem prachsvollen, gerechtdenkenden, klugen Mann. Natürlich haben wir beide uns vorher gegenseitig einmal „berochen“. Aber je länger wir uns kennen lernten, umso mehr kamen wir uns nahe. Es mußten aber die Verhältnisse in Duisburg erst so geklärt werden, daß wir tatsächlich Franz Wieber für die Gründung frei bekamen. Er stand damals mitten in ganz ungeheuren verantwortlichen Aufgaben, und wenn auch das Verhältnis des von ihm geführten Arbeitervereins und des alten katholischen Arbeitervereins sich schon wesentlich günstiger gestaltet hatten, so fehlte doch der Schlüsselstein, die Wiebervereinigung. Diese wurde schließlich auch erreicht dank der Großzügigkeit und idealen Veranlagung der beiden führenden Männer Dr. Wibbelt und Franz Wieber.

Von da an sind Franz Wieber und ich in fester Verbindung geblieben. Es folgte die Statutenberatung und allwöchentlich pilgerte ich nach Duisburg, um die Beratungen zu pflegen. Die Hauptsache aber erledigten Franz Wieber und ich, als er mich eines Tages mit herausnahm zur Heerstraße. Dort sprachen wir mit Dr. Brauns gemeinsam über die Grundlagen des Verbandes. Wir setzten von vornherein 10 Pf. Monatsbeitrag fest. Als ich mit dieser Nachricht nach Gladbach kam, sagte mir einer unserer geistlichen Herren, das sei eine Unverschämtheit sondergleichen. Wie wir es verantworten könnten, den armen Arbeitern soviel Geld abzunehmen und dann folgten ein paar Bemerkungen, die ich lieber nicht wiederholen will. Ich habe zu dieser Philippika mein dümmstes Gesicht, das ich machen konnte, aufgesetzt und mich heimlich diebisch gefreut. Es ist das unbestrittene Verdienst des Metallarbeiterverbandes, daß er der erste war, der der elenden Beitragskassiererei von ein paar Pfennigen ein Ende machte. Vor und nachher sind dann alle Verbände diesem guten Beispiel gefolgt.

Die Gründung des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde mit einer riesigen Versammlung am 15. Oktober 1899 im Burgacker eingeleitet. Hiße hielt eine fulminante Rede. Ich kam auch zum Wort und versuchte — damals selbst noch ein Anfänger in der sozialen Arbeit — die getrennten Aufgaben von Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften zu präzisieren: Duisburg, der Mittelpunkt der Schwerindustrie und der starken Mittelstandsbewegung, war ein schwieriges Pflaster dafür. Aber immerhin gelangt es mir, die Ungefährlichkeit der christlichen Gewerkschaften zu schildern und den Arbeitern nahezu legen, wie dringend notwendig es sei, daß sie in der Form einer selbständigen gewerkschaftlichen Organisation ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müßten.

Kurz darauf wurde ich Vorstandsmitglied unseres christlichen Metallarbeiterverbandes und habe sein Schicksal in bösen und guten Zeiten geteilt. Als ich in der Zollfrage 1902 eine Zeitlang in Widerspruch mit ihm geriet und sogar der unglückselige Entschluß gefaßt wurde, in München einen neuen Verband zu gründen, war nachher die Freude und das gegenseitige Vertrauen um so größer, als nach der Wiebervereinigung unser verstorbener Kollege Arch in M.-Gladbach unserem Freund Wieber sagen konnte, Sieberts hat unserem Verbands ununterbrochen angehört, war nie Mitglied der Sondergründung und hat seine Beitragspflicht pünktlich erfüllt. Es hat eine Freundschaft gegründet, die fürs Leben und darüber hinaus dauern wird. Ich werde mich immer mit großer Freude meiner bescheidenen Mitarbeit in unserem christlichen Metallarbeiterverband erinnern, an die herzliche Freundschaft untereinander und den aufrichtigen kollegialen Sinn, der stets in der Duisburger Zentrale herrschte. Und so soll es bleiben!

## Arbeiterschaft und Volkswohlfahrt

Von Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtfelder.

An der Jubiläumstagung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes ist es angebracht, auch sich einmal einige Gedanken zu machen über die Frage „Arbeiterschaft und Volkswohlfahrt“ und die Wirkungen der Gewerkschaftsbewegung darauf.

Es ist noch gar nicht so lange her, als man im Arbeiter nur das Objekt der politischen und sozialen Maßnahmen sah. In früheren Zeiten, d. h. vor der Industrialisierung Deutschlands, wo der größte Teil des deutschen Volkes sich aus der Landwirtschaft ernährte und in kleineren und kleinsten Gemeinwesen auf dem Lande wohnte, waren sich die Menschen meistens so nahe, daß in besonderen Notfällen, von denen der einzelne betroffen wurde, durch nachbarliches und verwandtschaftliches Eingreifen wohl immer geholfen werden konnte, daneben hatten die Religionsgemeinschaften, religiöse Genossenschaften usw. durch besondere Einrichtungen: Siechen- und Altersheime, Waisen- und Krankenhäuser und anderes mehr für solche Fälle vorgesorgt, in denen die obengenannte Hilfe nicht ausreichte.

Diese Verhältnisse wurden unzureichend und änderten sich in dem Maße, wie durch die in den letzten 70 Jahren einsetzende Industrialisierung Deutschlands immer größere Menschenmassen an einzelnen Orten und in größeren Bezirken zusammengeballt wurden, und dadurch auch eine Häufung und Majornierung der Notstände hervorgerufen wurde. Die zusammenströmenden

Arbeitermassen der Industrie gehörten naturgemäß durchweg den nichtbestehenden Schichten an, die solange eine Existenz hatten, als sie ihre Arbeitskraft verwerten konnten. In dem Augenblick aber, wo diese Verwertung aus irgendeinem Grunde: Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, ungenügende Arbeitsgelegenheit usw. nicht möglich war, oder unvorhergesehene Unglücksfälle in der Familie eintraten, waren diese infolge schlechter Entlohnung nur von der Hand in den Mund lebenden Volksschichten der Not und dem Elend preisgegeben. Einsichtige und weitblickende Männer des deutschen Volkes erkannten frühzeitig diese Entwicklung und das Unzureichende der bisherigen Einrichtungen und forderten energisch, daß der Staat die Fürsorge für die notleidenden Volksschichten nicht mehr nur der privaten Wohltätigkeit überließ, sondern selbst Maßnahmen treffen müsse, um diesen Notständen zu steuern.

Aber nicht nur die Frage, ob der Staat auf diesem Gebiete Pflichten und Aufgaben habe, sondern auch wie er zutreffendenfalls diese Aufgaben lösen sollte, riefen einen gewaltigen Streit der Meinungen hervor. Noch die 60iger und 70iger Jahre des vorigen Jahrhunderts zeigen erbitterte Kämpfe über die Frage, ob der Arbeiter bei den Maßnahmen, die staatl. herbeigeführt werden sollten, beteiligt werden sollte oder nicht. Man muß sogar hervorheben, daß auch unter denen, die dem Arbeiter keinen positiven Anteil an der Lösung und Durchführung der neuen Aufgaben ein-

### Der Facharbeiternachwuchs

Die Agitationschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeber-Verbände, „Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber“, nimmt u. a. auch Stellung zur Frage des Facharbeiternachwuchses und kann es nicht unterlassen, auch bei dieser Gelegenheit den hohen Gewerkschaften eins auszusprechen. Wir lesen auf Seite 88 folgendes:

„Nicht besser steht es mit der weiteren Politik der Gewerkschaften zur Behebung des Facharbeitermangels. Noch immer ist das Ziel der gewerkschaftlichen Lehrlingspolitik die Schaffung eines parteipolitisch (!) und gewerkschaftlich gesicherten Nachwuchses, und nicht Heranbildung tüchtiger Facharbeiter. Wie könnte sonst immer noch der Kampf um die dogmatische Frage gehen, ob der Lehrvertrag Arbeitsvertrag oder in der Hauptsache Lehr- und Erziehungsvertrag ist. Warum fordern die Gewerkschaften die tarifliche Regelung des Lehrvertrages und die Koalitionsfreiheit der Jugendlichen? Die Antwort hierauf ist nur in einer Ueberwindung des Organisationsgedankens auf Kosten des Facharbeiternachwuchses zu finden. Denn durch solche Lehrlingspolitik können keine zur Höchstleistung erzogene und berufsständig zugelassene Facharbeiter herangebildet werden. Sehen wir nicht gerade in der letzten Zeit, wie der Facharbeitermangel auch von Gewerkschaften durch organisierte Abwanderung von Facharbeitern ins Ausland vergrößert wird, um tarifliche Vorteile in der Lohnpolitik gegenüber den Arbeitgebern zu gewinnen?“

Die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ ist um den Synodus, der das geschrieben hat, wirklich zu beneiden. Der Ueberschuss mecht es den Zeiten nicht an, ob sie ernst gemeint oder nur deshalb geschrieben sind, um die Gewerkschaften zu verächtigen. Die Politik der Gewerkschaften zur Heranbildung eines tüchtigen Facharbeiternachwuchses ist gut, weil sie vernünftig ist. Das läßt sich von der Politik der Unternehmer nicht immer sagen. Doch immer ist das Ziel der Unternehmerpolitik nicht die Heranbildung eines tüchtigen, leistungsfähigen Facharbeiternachwuchses, das Ziel ist nicht die Qualität, sondern die Quantität der Facharbeiter, um mit Hilfe der Masse die Löhne drücken zu können. Warum sträuben sich die Unternehmer, mit den Gewerkschaften über die Zahl der Lehrlinge und die Art ihrer Ausbildung in vernünftige Unterhandlung einzutreten? Warum müssen die Lehrlinge in den Fabriken eine Lehrzeit durchmachen, die zur Erlernung der notwendigen Fertigkeiten oft um ein Drittel zu lang ist. Warum schließen manche Werke überhaupt keine Lehrverträge ab, sondern stempeln ihre Lehrlinge zu „jugendlichen Arbeitern“? Warum müssen in vielen Fabriken die Lehrlinge vier Jahre lernen, von denen sie ein Jahr als Laufjunge verbringen müssen, das für ihre fachliche Ausbildung verloren ist? Warum kümmern sich die Unternehmer nicht um eine qualifizierte Lehrlingsausbildung, sondern überlassen diese sog. „Meister“, die überhaupt keinen Befähigungsnachweis zur Ausbildung von Lehrlingen erbracht haben? Wenn es den Arbeitgebern wirklich so ernst ist mit dem Facharbeiternachwuchs, warum lassen sich dann Werke bei Gericht auf Wiedereinstellung von Lehrlingen und Erfüllung der Vertragspflichten verklagen. Warum lassen sie die Lehrlinge zum Teil schon 1 1/2 Jahr auf der Straße liegen? Die Gewerkschaften haben demnach alle Ursache, sich um die Lehrlingsausbildung zu sorgen. Sie wenden sich mit aller Energie gegen die Wiederkehr der früheren Angelegenheiten im Lehrlingswesen, die mit vernünftiger Ausbildung nichts zu tun hat, sondern die wildeste Lehrlingszüchterei ist. Die Gewerkschaften sind im Gegensatz zu der Meinung der Arbeitgeber an der Heranbildung eines leistungsfähigen Facharbeiternachwuchses im höchsten Grade interessiert und helfen hierbei auch aktiv mit. Der Christliche Metallarbeiterverband hat zu diesem Zwecke durch sein Jugenddelegat geradezu muttergütige Einrichtungen getroffen. Mehr als 80 Prozent seiner Arbeit an den Jugendlichen betrifft die Pflege der beruflichen Erleichterung der Lehrlinge. Damit tut er für die Lehrlingsausbildung mehr, als sehr viele Betriebe der Groß- und Kleinindustrie. Der Kampf geht also nicht um die dogmatische Frage, ob der Lehrvertrag Arbeitsvertrag oder in der Hauptsache Lehr- und Erziehungsvertrag ist, sondern die Gewerkschaften führen den Kampf lediglich gegen die Mardrie in der Lehrlingsausbildung und fordern aus diesem Grunde die Regelung des gesamten Lehrlingswesens auf der Grundlage der tariflichen Vereinbarung, die auch der Wunsch der Eltern ist. Die Koalitionsfreiheit (Vereinigungsfreiheit) aber fordern sie auf Grund des Artikels 159 der Reichsverfassung und werden auf dieses Grundrecht eines deutschen Staatsbürgers nicht verzichten.

Eine Ungeheuerlichkeit ist der Vorwurf, die Gewerkschaften organisierten die Abwanderung der Facharbeiter ins Ausland. Der Nachweis hierfür wird niemals erbracht werden können. Die Gewerkschaften haben anderes zu tun, als sich mit Dingen abzugeben, die sie selbst schädigen könnten. Der wahre Grund der Facharbeiternachwuchses ist einzig und allein in der schlechten Bezahlung zu suchen. Wenn ein Facharbeiter heute in vielen Fällen weniger verdient, als ein schlechtbezahlter Beamter der niedrigsten Besoldungsgruppe, dann haben die Gewerkschaften das Organisieren der Abwanderung gar nicht mehr nötig, sondern geht der Facharbeiter dorthin, wo ihm mehr geboten ist, trotzdem die Gewerkschaften ihn am Orte oder im Lande zu halten suchen. Wie verzagt sich denn aber das Geschrei der Arbeitgeber um den Facharbeiternachwuchs, jener mit der Tatsache, daß Unternehmer anerkannt tüchtige Qualitätsarbeiter, die ihre Arbeitskraft bereits 20 Jahre und länger dem Unternehmen geweiht haben und heute, im besten Mannesalter und im Vollbesitz ihrer Leistungsfähigkeit einfach auf die Straße werfen, weil sie sich erlaubt haben, auf Grund ihrer außerordentlichen Befähigung einen höheren Lohn als den tariflichen Mindestlohn zu fordern? In diesem Vorgehen der Unternehmer muß ja eine Produktionsablage auf Kosten der deutschen Wirtschaft, auf Kosten des deutschen Volkes erblickt werden, drittens lediglich vom Gesichtspunkte selbsttätiger Unternehmertätigkeit. Die Unternehmer sitzen in einem Glashaute und sollen daher nicht mit Steinen auf die Gewerkschaften werfen.

### Voran für den Verband

Fast jede Nummer unserer Verbandszeitung bringt Berichte über Ereignisse durch Hausagitation. Das Herz eines alten Gewerkschaftlers schlägt höher, wenn er dieses liest. So manche Erinnerung aus alter Zeit taucht da vor seinen Augen auf. Wie schön war es doch wenn sich die Kollegen des Sonntags zum Mittagessen gefunden haben und die ausruhenden Kollegen an diese verteilt wurden. Jeder wollte diese anzuwenden, von denen erwartet wurde, daß sie schwer zu gewinnen seien, und wie stolz ist man des abends zum Treffpunkt zurückgekehrt, wenn einige ausgefüllte Aufnahmehelme abgeliefert werden konnten. War einer dabei der höchst abgemühten hatte, dann ist er aus Ehrgeiz toischer an den Wochenenden trotz 10stündiger Arbeitszeit losgegangen, um diese Niederlage den anderen Kollegen gegenüber wieder gut zu machen. Ein echter Gewerkschaftler konnte sich einen schöneren Spatz wie Hausagitation gar nicht denken. Wie steht es aber heute in so manchem Bezirk mit der Hausagitation? In diesen Bezirken können die Kollegen noch nicht den Mut dazu aufbringen, trotzdem heute die Hausagitation gegen jünger ein leichtes Spiel ist. Heute wird dafür aber allen möglichen Sport geschüttelt. Wenn man sieht, wie die Sportplätze anagert werden und wie gefreut wird, als wenn ganz Deutschland vor dem Untergang geredet sei, wenn so ein Fußball durchs Tor fliegt, dann muß man unwillkürlich den Kopf schütteln. Aber auch da, wo bisher die Hausagitation noch nicht Fuß gefaßt hat, und die Kollegen sich einmal dazu aufzuheben, bleibt der Erfolg nicht aus. So geschah am Sonntag den 20. September

aus der Verwaltungsstelle Grevendick, 4 Mitglieder in der Ortsgruppe Saakhausen 30 Kollegen aufgeschicht. Der Erfolg war:

- 25 wurden wieder gewonnen, 1 Uebertritt, 1 miß es sich noch überlegen, 3 haben einen anderen Beruf ergriffen.

Diese 4 Kollegen können wir zu diesem Erfolg zwar gratulieren. Jünglich sind sie im hiesigen Bezirk auch Bahnredner in der Hausagitation, denn bis dahin wurde seitens der Mitglieder noch keine Hausagitation getätigt. Hoffentlich folgen jetzt noch mehrere diesem Beispiel.

Dem Beispiel einiger Ortsverwaltungen folgend, sollen auch von Berlin einige Angaben bezüglich der von der Zentralkommunistischen Hausagitation gemacht werden. Das zur Vorbereitung an die Bezirksgruppen versandte Adressenmaterial wurde von der Ortsverwaltung gesammelt und den Bezirksgruppen überwiesen. Die zu bearbeitenden Adressen wohnen vorwiegend im Osten Berlins, 77 Adressen wurden ermittelt und an 24 Kollegen zur Bearbeitung überwiesen. Das Ergebnis war:

- 36 Neuaufnahmen, 7 Uebertritte, 13 Kollegen wurden wiedergewonnen,

bei 3 war das Ergebnis resultatlos und von 18 ist es noch unentschieden. Daß ein solches gutes Ergebnis möglich war ist auf den Umstand zurückzuführen, daß die Adressen vorher sehr gut bearbeitet worden waren. In den Bezirksgruppen wird indes nicht überall die notwendige Initiative entwickelt. Während einige Gruppen ein sehr erfreuliches Zimmleben entwickeln, begnügen sich andere mit der einfachen Erledigung der geschäftlichen Obliegenheiten. Es gibt auch Gruppen, die selbst darin noch ganz lag sind. So soll und darf es natürlich nicht sein, wenn der Christliche Metallarbeiterverband sich im roten Berlin eine Position erarbeiten will. Es müßte Ehrensache aller Bezirksgruppenvorstände sein, ihre Mitgliedschaften möglichst zu steigern und den Verwaltungsapparat, die Einklassierung in bester Ordnung zu haben. Auch hier gilt das Sprichwort:

„Rast ich, so rost ich!“

### Eine bittere Pille für die Unorganisierten

Bei vielen derjenigen, die in der letzten Zeit den gewerkschaftlichen Organisationen den Rücken gefehrt haben, dürfte das Bestreben, sich bei ihren Arbeitgebern eine besonders gute Nummer zu verschaffen, der Hauptgrund gewesen sein. Weiß man doch gar zu gut, daß die Arbeitgeber die Gewerkschaften abholut nicht leiden mögen und es in Zeiten, wo Arbeitslosigkeit nicht allzu reichlich ist, gefährlich ist, etwas zu tun, was dem Arbeitgeber unangenehm ist. Daß diese Spekulation auf das Wohlwollen der Arbeitgeber fehlgeschlagen ist, dürfte für diese Tapferen äußerst bitter sein. Der Siegerländer Arbeitgeberverband scheint nämlich seine Kappenheimer ziemlich genau zu kennen. In seinem Rundschreiben an seine Mitglieder Nr. 51, berichtet er über das Ergebnis seiner Feststellungen betr. Zusammenfassung der Betriebsräte, aus der Wahl März 1924 und schreibt u. a. folgendes:

Die Zusammenfassung zeigt, daß sich die Organisationsverhältnisse hinsichtlich der Wahl der Betriebsvertretungen wieder dem Ergebnis der ersten Betriebsratswahl 1920 genähert haben. Besonders in die Augen springend ist die große Zahl der Nichtorganisierten. Am stärksten sind sie vertreten im Bergbau, wo sie bei den Angestellten 27,5 Prozent und bei den Arbeitern 10,5 Prozent aller Sitze in den Betriebsräten erhalten haben. Der Stärke nach folgt dann das Vorkriegsgebiet (Angestellte 8,3 Prozent, Arbeiter 2,6 Prozent); an letzter Stelle steht die Eisenindustrie Siegerland (Angestellte 7,7, Arbeiter 1,6 Prozent). (Braun Metallarbeiter! D. R.) Gleichzeitig stellt die Umfrage fest, daß die Nichtorganisierten unter den Angestellten drei- bis viermal so stark vertreten sind, wie bei den Arbeitern.

Unabhängige kommunistischer Organisationen sind von uns nirgends als Mitglieder von Betriebsvertretungen angegeben worden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich unter den als „unorganisiert“ bezeichneten kommunistische Parteiangehörige befinden.

Das letztere wird in den meisten Fällen zutreffen, denn erfahrungsgemäß werden die jetzigen Nichtorganisierten, sobald die wirtschaftliche Lage besser wird, sich vor Kapitalismus nicht mehr halten können, und ihre dann ausgerathene große Klappe wird sich wieder einmal bemerkbar machen. Aber es ist doch bitter, daß man von den Arbeitgebern durchschaut ist und die Selbstentmannung nun gar nichts genützt hat.

Hoffentlich überlegt sich mancher Nichtorganisierte heute, ob es nicht besser gewesen wäre, nicht die Fahnenflucht zu ergreifen. Denn es ist immer noch besser, als ehrlicher Gewerkschaftler angesehen zu werden, als für einen verkappten Kommunisten zu gelten.

### Bemerkenswerte Entscheidung

Tarifliche Vereinbarungen und notwendig gewordenen Schiedsprüche sind von den Unternehmern stets, teils offen, teils in verflehter Form als das größte Uebel bekämpft worden. Seitdem der wirtschaftliche Druck auf der Arbeiterschaft lauter, und jeder noch in Arbeit stehende Kollege das Gespenst der Entlassung und damit der Arbeitslosigkeit sieht, werden die bestehenden Verträge fast nirgends so durchgeführt, wie es der Wille der Verbände oder des Schlichtungsausschusses beim Abschluß war. Findige Sindici sind überall an der Arbeit, um durch juristische Spitzfindigkeiten das Gegenteil von dem aus dem Vertrag zu lesen, als was eigentlich darin steht. Ueberall dort wo die Arbeiterschaft nicht auf dem Boden ist, gelingt das auch. Nur dort, wo die Arbeiterschaft geschickt auf eine starke gewerkschaftliche Organisation in der Lage ist, ihr Recht zu erkämpfen, werden den Kollegen die Vergünstigungen der Verträge zu teil.

So war vor Wschlag der Aussperrung im Ruhrbezirk unter anderem verordnet, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürften, es sei denn, daß sich der Arbeitnehmer schwere Verfehlungen hatte zuschulden kommen lassen.

Auf einer Schichtanlage des Bezirks hatte nun ein Kranführer während der Aussperrung es abgesehen, die neunte Stunde zu verfahren. Als auch durch Trinkgelder der Kollege nicht zu bewegen war, die neunte Stunde zu verfahren, wurde derselbe ebenfalls ausgesperrt. Bei der Wiedereinstellung wurde der Kollege als Hilfsarbeiter aber unter Fortzahlung des höheren Lohnes beschäftigt. Ob die Ablehnung der neunten Stunde trotz der verbotenen Trinkgelder eine schwere Verfehlung war bleibt das Geheimnis der Justiz. Die auf Grund der Vereinbarung vom 27. 5. 1924 vereinbarte Schiedsstelle verurteilte die Sache auf unserer Antrag, die Maßregelung aufzuheben.

In der beachtungswerten Begründung heißt es:

Tatbestand und Entscheidungsgründe.

Der Kläger, der seit mehreren Jahren auf dem Hakenkadeplatz der Beklagten den Kranen führt, weigerte sich, bei Ausbruch des Kampfes um die Arbeitszeit, die Stündige Schicht zu verfahren. Die Beklagte sah sich daher genötigt, um die Verladung der dort lagernden Kohlen nach Holland nicht unterbrechen zu müssen, einen anderen Kranführer einzustellen und lehnte es nach Wiedereinnahme der Arbeit ab, den Kläger an seiner alten Arbeitsstelle wef

Das Jubiläum unseres christlichen Metallarbeiterverbandes und das der christlichen Gewerkschaften ist vorbei, wenn unsere Kollegen diese Nummer in die Hände bekommen. Wir werden auf die Jubiläumstage ausführlich erst in der nächsten Nummer eingehen können.

Die Tage waren groß und ersehnt. Eure Delegierten haben euch den Bericht schon vielleicht erstattet.

Jetzt kommt es darauf an, die Tage auszuwerten. Was heißt das? Mit verdoppeltem Mut und Eifer in die Agitation einzutreten, sich selbst zur Pflicht gegenüber dem Verband zu erziehen und durch den Verband die Metallarbeiter zum Siege zu führen!

ter zu beschäftigen, beschäftigte ihn vielmehr in der Wäscherei mit dem Schmieren von Transmissionen, allerdings unter Fortzahlung seines früheren Lohnes. Der Kläger erblickt darin eine Maßregelung und beantragte ihn wieder in seiner alten Arbeit zu beschäftigen. In diesem Umfange war der Antrag nicht berechtigt, da der Arbeiter keinen Anspruch darauf hat, an einem bestimmten Platz zu arbeiten. Wohl kann er aber verlangen, daß er in einer seinem ursprünglichen Arbeitsvertrage entsprechenden Weise beschäftigt wird. Nach dem früheren Arbeitsvertrage hatte der Kläger aber Dienste als Kranführer, d. h. als ein gehobener Arbeiter, zu leisten. Ebenjowentig wie nun der Direktor eines Werkes sich als Lohnbuchhalter beschäftigen lassen braucht, selbst wenn er sein früheres Gehalt weiter bekommt, so kann auch ein Arbeiter, der für Arbeiten besonderer Fertigkeiten angestellt ist, verlangen, daß er in gleicher Weise beschäftigt wird und braucht nicht die Leistungen eines ungelernten Arbeiters, falls nicht ganz besondere Umstände vorliegen, übernehmen. Die Beklagte muß daher den Kläger in einer Weise beschäftigen, die seiner Lohnstufe entspricht. Demgemäß war wie gesehen zu entscheiden. Die Entscheidung ist endgültig.

gez. Unterschriften."

Wäre der Kollege ohne Organisation wieder in seiner alten Stellung?

### Die bayerischen Hüttenarbeiter im Kampf

In Bayern, in der Oberpfalz, liegen die beiden Hüttenwerke Sulzpolzhütte (Staatswerk) und Maßhütte, letztere dem Königsberg angehörend. Seit dem Uebergang von der Inflation zur stabilen Währung sind auch in diesen Betrieben wirtschaftliche Schwierigkeiten entstanden, zweifellos aber lange nicht in dem Umfange, wie bei den Hüttenwerken im Ruhrgebiet, im Siegerland oder in Oberschlesien. Trotzdem gingen die bayerischen Werke seit Januar mit aller Schärfe gegen ihre Belegschaften vor. Nach dem in den größeren Hüttenbetrieben der Uebergang zum Zweischichtensystem nicht verhindert werden konnte, mußten die bayr. Hüttenarbeiter im Januar auch nachgeben. Die damit verbundenen zahlreichen Entlassungen bewogte man zu einer gründlichen „Ausdünnung“ der Betriebe. In den folgenden Monaten setzte in fast allen Abteilungen ein Anteilberest ein, das nicht mehr überboten werden konnte. Den „nichtvolkerwerbssfähigen“ Arbeitern wurden 10-20 Prozent des geringen Lohnes entzogen und diese Maßnahme zum Ueberfluß durch den Schlichtungsausschuß gebilligt. Dann wurde mit Hilfe einiger lendenlamer Betriebsräte der Maßhütte in beiden Betrieben die Kündigungszeit auf sieben Tage herabgedrückt und darauf versuchte man es mit dem Lohnabbau.

Schon im Juni beantragten die Arbeitgeber eine Kürzung der ohnehin sehr niedrigen Löhne. Der Schlichter konnte sich den von den Gewerkschaften angeführten Gründen nicht verschließen und lehnte einen Lohnabbau ab, gab allerdings auch keine Erhöhung statt. Darauf ging der Arbeitgeberverband aufs Ganze. Zum 1. August wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt, jedoch erklärte man sich bereit, die Betriebe weiterzuführen, wenn einem 16- bis 18prozentigen Lohnabbau stattgegeben werde. Bis zum 1. August betrug der Tagelohn der Arbeiter 48 Pf., er wurde auf 40 Pf. gekürzt. Der Stundenlohn der Ungerlernten über 25 Jahre betrug 41 Pf., er wurde auf 35 Pf. gekürzt. Die „nichtvolkerwerbssfähigen“ haben noch 10-20 Prozent weniger. Eine derartige Kürzung, angesichts steigender Preise, lehnten sowohl die Gewerkschaften wie die Belegschaften ab. Der sofort angereufene Landesschlichter stützte jedoch den Arbeitgebern das Rückgrat, indem er nach einer Bereinigung der Werte und nachdem er sich „Buchauszüge“ gemacht hatte, die Fällung eines Schiedspruches ablehnte und — einerseits — andererseits — die Parteien sich selbst überließ.

Dagegen beschwerten wir uns beim Reichsarbeitsministerium, das jedoch sechs Wochen brauchte, um erst zum 10. September ein Schiedsgericht nach München zu berufen. Herr Oberregierungsrat Dr. Tiburtius führte den Vorfall und er wird sich wahrscheinlich von der „Lebenswürdigkeit“ der bayr. Hüttengewaltigen ein Bild gemacht haben. Schon in der Vorberhandlung gaben sie zu erkennen, daß ihnen auch ein Reichsarbeitsministerium nicht imponieren könne, denn die Angaben über die Betriebsverhältnisse, die doch ausschlaggebend sein sollten, wurden sehr dürftig gegeben und zur eigenartigen Schlichtungsverhandlung am Nachmittag erschienen die Arbeitgeber überhaupt nicht mehr, trotzdem sie in München noch anwesend waren. Der Herr Vorsitzende ließ sich ansehend durch diese „Stärke“ der Arbeitgeber nervös machen und fällte — nolens volens — mit seiner eigenen Stimme — einen Schiedspruch, der die um 8 Pf. abgebauten Löhne um 2 Pf. erhöhte, so daß der Lohn der über 25 Jahre alten Ungerlernten auf 37 Pf. stand.

Wieder ist die bayr. Gemütslichkeit schuld, daß wir es heute noch nicht begreifen können, wie sich der Herr Oberregierungsrat aus Berlin innerhalb einiger Stunden, die zudem noch durch Diskussion ausgefüllt waren, so ausreichend orientieren konnte, daß es ihm möglich war, noch dazu nur mit seiner Stimme, also auf vollständig eigene Verantwortung, ein solches Urteil zu fällen. Der Schiedspruch wurde von den Belegschaften einhellig abgelehnt und da alle Schlichtungsinstanzen durchlaufen waren, der Streik beschlossenen Traurigkeit ist, daß sich auch ein Staatswerk zu solchen Schamfahnen hergibt, darüber wird ja an anderer Stelle noch ein Wort zu sagen sein.

Nun ist der Streik begonnen, der 1. in den bayerischen Hüttenwerken. Einmütig hat die Belegschaft den Betrieb verlassen und einmütig steht sie auch heute noch zusammen, in der Erkenntnis, daß das Recht auf ihrer Seite ist. Bedauerlich ist, daß der Hütte der Einsatz der technischen Hilfsmittel zur Inbetriebhaltung eines Hochofens gestattet wurde. Von einer Lebenswichtigkeit kann da keine Rede sein, und die Arbeitererschaft sieht den Einsatz der Löhne als eine gegen sie gerichtete Maßnahme an. Dagegen ist seitens der Gewerkschaften Beschwerde bei der Regierung erhoben. Es schadet an sich nichts, wenn Beamte, Angestellte, Studierende usw. einmal erproben können, wie die Hüttenarbeit schmeckt und eine ganze Anzahl „Nothelfer“ hat sich die Finger gründlich verbrannt. Aber es ist doch Streikarbeit, die hier verrichtet wird, und deshalb werden wir uns dagegen. Wäre man der Arbeitererschaft nur annähernd so freundlich entgegengekommen, wie man den „Nothelfern“ entgegengekommen muß, hätte man der Arbeitererschaft gegenüber auch so eine „offene Hand“ gehabt, dann wäre es zu einem Streik gewiß nicht gekommen.

Wir erwarten, daß die bayr. Regierung hier nach dem Rechten sieht und daß auch die Schlichtungsbehörden nicht nur die Lage der Werte, sondern auch die Not und das Elend der Arbeitererschaft bei

ihrer Tätigkeit beachten. Unsere Kollegen aber sagen wir: Haltet aus, ihr erlebt heute praktisch die Hilfe und den Rückhalt eures Verbandes. Haltet aber auch aus, wenn der Streik zu Ende ist und kämpft dann erst recht für den inneren und äußeren Ausbau unseres christlichen Metallarbeiter-Verbandes.

### Appollinaris Ehrenberg †

einer unserer besten, ist infolge eines tiefbedauerlichen Unglücksfalles aus dem Leben gerissen. Als Schlosser mit sehr gefährlichen Reparaturarbeiten im Gaskanal des Walswertes der Gutehoffnungshütte beschäftigt, erlitt er das Schicksal — Gasvergiftung. Appollinaris war einer der Wenigen, die nie ablehnten, wenn der Verband rief. Seit 1908 war er Mitglied unseres Verbandes und ebenso lange Funktionär. Als Vertrauensmann, Zahlstellenkassierer, Zahlstellenvorsitzender und sonstigen Aemtern, hat er in all den Jahren Hilfsbereit mitgearbeitet. In Frankfurt war er Mittelpunkt und Führer unserer Kollegen. Er hat sich selbst ein bleibendes Denkmal in den Herzen seiner Freunde und Mitkollegen gesetzt. Unseren jüngeren Mitgliedern empfehlen wir kein Vorbild als Ansporn für ihre Tätigkeit im Dienste unserer guten Sache.

### Branchenbewegung

Former und Gießereiarbeiter!

Der Kampf um den Achtstundentag ist nun soweit gediehen, daß vom Reichsarbeitsministerium spezifizierete Vorschläge, die in unserem Verbandsorgan veröffentlicht worden sind, gemacht wurden, so daß in absehbarer Zeit bei einer Anzahl von Betrieben, insbesondere bei den durchgehenden Produktionsbetrieben, mit der Einführung der achtstündigen Schicht gerechnet werden kann. Schon während der Kriegszeit, als die Arbeitererschaft in Leicht-, Schwer- und Schwerstarbeiter eingeteilt wurden, und dementsprechend ihren Anteil an Lebensmitteln und Zeitwaren bekamen, ist einer der gesundheitschädlichsten Berufe recht stiefmütterlich behandelt worden, und zwar die Former und Gießereiarbeiter. Es ist sehr schwer, und die Meinungen gehen auch sehr weit auseinander, die richtige Grenze zu finden, wo die Schwerstarbeiter anfangen und die Schwerstarbeiter aufhören. Von meiner Ortsverwaltung ist mir wohl mitgeteilt worden, daß von den Organisationen erweiterte Vorschläge an den Reichswirtschaftsrat und an das Reichsarbeitsministerium gemacht worden sind, aber meines Wissens fehlen auch hierin die Gießereibetriebe. Schon in dem Berliner Arbeitszeitabkommen wurde nur mit den Arbeitern der Röhrengießereien eine Ausnahme gemacht. Den dort Beschäftigten steht auf Grund der Schwere und Gesundheitschädlichkeit des Berufes der Achtstundentag zu. Aber ist es denn in Stahlformereien, Metallgießereien und Maschinenformereien, abgesehen von der vielleicht körperlich schwereren Arbeit in Röhrengießereien nach der gesundheitlichen Seite anders? Lebt in den anderen Gießereien nicht Staub, Dampf, Gasdurchzug, der in den Gießereien nicht zu vermeiden ist, seinen zerstörenden Einfluß auf den Gesundheitszustand der Former und Gießereiarbeiter aus? Sind nicht auch hier Sommer und Winter alle Dampfen offen, um dem Staub, Qualm und den Gasen Abzug zu gewähren? Wer schon einmal die Stahlformer beim Loslösen von dünnwandigen Gußstücken gesehen hat, wie sie auf dem eben erst gegossenen Formkasten stehend den heißen aufsteigenden Sand einatmen müssen, ohne auch nur einmal in dieser Zeit an die Seite treten zu können, der wird sich ein kleines Bild

von der Gesundheitschädlichkeit des Formerberufes machen können. Das trifft auch auf die mit gelblich-blauen Gasen gefüllten Metallgießereien zu. Auch in den Maschinenformereien, wo der Former bei der körperlich schweren Arbeit des Formers selbst jeden Tag abgehen und entleeren muß, wird sich der Former damit abfinden müssen, daß er nach verhältnismäßig wenigen Jahren der Ausübung seiner Berufsarbeit sich einer anderen Tätigkeit zuwenden muß. Schreiber dieser Zeilen hat festgestellt, daß in den Krupp'schen Gießereibetrieben von annähernd 600 Formern und Kernmachern nur 27 in der Lage waren, nach dem 50. Lebensjahre ihren Beruf noch weiterhin ausüben zu können. Ganze 15 hatten das 55. Lebensjahr überschritten. Solche Zahlen sprechen Bände, besonders wenn man bedenkt, daß es doch nur die gesündesten und kräftigsten Jünglinge sind, die sich dem Formerhandwerk zuwenden. Würde einmal das Lebensalter der anerkannten Schwerstarbeiter festgestellt, würde es sich bald zeigen, daß der Beruf des Formers und Gießereiarbeiters mit zu den aufreibendsten und gesundheitschädlichsten zu rechnen ist und die Achtstundenschicht unbedingt auf die Gießereibetriebe ausgedehnt werden muß, wenn nicht die Gefahr schwerer Wirtschaftskämpfe herausbeschoren werden soll. An unsere Former ergeht aber die Mahnung, mehr als bisher den gewerkschaftlichen Geist zu pflegen und zu hegen. Das Gewerkschaftsverhältnis, das früher den Formerstand zu einer Elitetruppe der Metallarbeitererschaft stempelte, muß auch heute wieder hergestellt werden, denn wenn die Former, wie es vielfach den Anschein hat, der Gewerkschaft lau und flau gegenüberstehen, werden die Folgen sich sehr bald für die Former und Gießereiarbeiter in unangenehmer Weise bemerkbar machen.

Darum stärkt die Reihen, werbt für unsern christlichen Metallarbeiterverband, besucht besser als bisher die Versammlungen, damit wir den kommenden Zeiten gewappnet gegenüberstehen. Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.

J. H.

### Bekanntmachung

Am Sonntag, dem 26. Oktober ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderung.

Ortsverwaltung Biedorf. Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt: Biedorf, Poststraße 81. Tel.-Anschl. 285. Geschäftsstunden vorm. 8-11 Uhr, nachm. 2-6 Uhr. Dienstags und Freitags keine Sprechstunden.

Den Verwaltungsstellen Zerlorn, Stolberg, Danzig, Lüdenscheid, Krefeld, Gevelsberg, Schwelm, Schweinfurt, Hagen, Offenbach, Höchst, Osnabrück, Werder und Mainz erhalten die Genehmigung zu den beschlossenen höheren Beiträgen. Nichtbefolgung der Beschlüsse zieht den Verlust statutarischer Rechte nach sich.

Subiläums-Literatur.

Unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber hat für die Jubiläumsschrift des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften eine hochinteressante Abhandlung: „Franz Wieber: Aus meinem Leben“ geschrieben, die auch als Sonderbeilage mit Photographie erschienen ist. Diese Broschüre, die sicherlich als willkommene Festgabe von allen unsern Mitgliedern begrüßt wird, ist zum Preise von 0.20 M bei der Hauptgeschäftsstelle: Duisburg, Stapelhor 17, zu beziehen.

Dort ist auch die Zeitschrift des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zum Preise von 4.50 M erhältlich.

## Der Arbeitnehmer als Wirtschaftsträger

F. Waltrusch.

B. B. Die Erkenntnis bei der deutschen Arbeitnehmererschaft wächst, daß es richtiger ist, sich mehr praktischen Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu sichern, als den Sozialisierungstheoretikern nachzulaufen. Wer aber praktischen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben will, kann nicht achtlos am Kapitalmarkt vorübergehen. Hier liegt der Hebel des Wirtschaftslbens. Die vielen Millionen von Arbeitnehmern, die sich durch ihre Gewerkschaften um die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bemühen, haben bald ein, daß schließlich nicht die Höhe des Lohnes, sondern seine Kaufkraft ausschlaggebend ist. Sie versuchen deshalb mit Erfolg durch Gründung von Konsumvereinen mit eigenen Produktionsstätten und durch den Aufzug von Wohnungs- und Bauproduktionsgenossenschaften Einfluß auf den Waren- und Baumarkt (Wohnungswirtschaft) zu erlangen. Sie gehen dabei vorsichtig und etapenweise vor, so daß Rückschläge von größerem Ausmaß ihnen bisher erspart blieben. Wenn man sich nun schon erfolgreich für die Arbeitnehmer auf dem Arbeits-, Waren- und Baumarkt betätigt, was lag da näher, als der Gedanke, durch Zusammenfassung der gewerkschaftlichen, der genossenschaftlichen und der Spargelber der Mitglieder in eigenen Bankunternehmungen auch den Einfluß auf den Kapitalmarkt zu versuchen.

Man tappte in Deutschland in der Beziehung auch keineswegs im Dunkeln, Musterbeispiele von gut geleiteten und erfolgreichen Arbeitnehmerbanken waren in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorhanden. Von den anderen europäischen Ländern weichen Desterreich, Belgien, Dänemark und Norwegen bereits Arbeitnehmerbanken auf. In Nordamerika sind seit dem Jahre 1920 allein schon 22 Arbeitnehmerbanken entstanden. Bei einigen ist der Bund der nordamerikanischen Gewerkschaften der Gründer und Träger der Bankgesellschaften, bei den meisten sind es jedoch die Berufsverbände. Die bedeutendste der nordamerikanischen Arbeitnehmerbanken ist wohl die der Lokomotivführer in Cleveland. Sie besitzt ein eigenes 16stöckiges Bankgebäude, wurde mit einer Million Dollar Stammkapital gegründet und verfügt nunmehr bereits über 25 Millionen Dollar an Geldmitteln. Fast alle diese Banken haben Filialen in den verschiedenen Landesstaaten errichtet. Die Art der Geldanlage der Arbeiterbanken richtet sich nach den jeweiligen Erfordernissen. Einzelne Banken nehmen entscheidenden Einfluß auf bestimmte Bahngesellschaften, andere legen die Gelder in Anleihen oder Handelsgesellschaften an, eine andere hat starke Verbindung mit den amerikanischen Bauern. Durch Kreditgewährung an die Farmer übt diese Bank z. B. einen für die Verbraucher günstigen Einfluß auf die Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus. Es ist für das klassische Land des Kapitalismus mit seinen Bankfürsten typisch, wenn ein bedeutender amerikanischer Arbeitnehmerführer selbstbewußt erklärte: „Wenn die Arbeiter die Macht gebrauchen, die sie in Händen haben, so könnten sie in zehn Jahren die Finanzpolitik der Vereinigten Staaten kontrollieren.“

In Deutschland war es die christlich-nationale Arbeitnehmererschaft, die der Aufforderung Stegerwalds auf dem Essener Kongreß im Jahre 1920 folgte und als erste mit der Errichtung einer eigenen Bank auf den Plan trat. Später folgte der Hirsch-Dunckerse Gewerkschaftsbund der Angestellten mit einer eigenen Wirtschaftsbank. Die sozialistischen Gewerkschaften bildeten Mitte 1924 eine bis dahin bestehende Vermögensverwaltung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes in eine Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten um. Die von den christlich-nationalen Arbeitnehmern im Jahre 1921 errichtete Deutsche Volksbank A.-G. in Essen-Ruhr hat

bereits ein eigenes wertvolles Bankgebäude und in Duisburg, Düsseldorf, Münster, Hamburg, Saarbrücken und Berlin Filialen errichtet. Sie ist an einer Reihe von Unternehmen zum Teil ausschlaggebend beteiligt und zahlreiche Privatfirmen sowohl des Mittelstandes wie auch des Handels und der Industrie haben zu ihr Vertrauen gefaßt und wieder ihre Geldgeschäfte nur noch bei ihr ab. Im Jahre 1922 wies die Deutsche Volksbank einen Reingewinn von 16 896 550 Mark auf, und im Jahre 1923 erzielte sie einen Reingewinn von 728 961 Goldmark. In beiden Jahren wurde in weitestgehender Weise von der Verteilung einer Dividende Abstand genommen. 1922 wurde der Gewinn auf neue Rechnung vorgezogen und 1923 wurden 200 000 Goldmark dem Reservefonds überwiesen, während der Rest zur 100prozentigen Aufwertung der eingezahlten Sparguthaben diente. Für diese Wollaufwertung der Spareinlagen wurde ein hoher Goldmarkbetrag durch Generalversammlungsbeschluß vom 23. Juni 1924 zurückgestellt. Sie rangiert damit in die Reihe der wenigen Geldanlegestellen, die die Einlagen voll aufwerten.

Nachdem nunmehr auch die deutschen Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftlichen Organisationen ähnlich wie die amerikanischen klar erkannt haben, daß die Kontrolle über die Kreditquellen der Wirtschaft für die Gleichberechtigungsbemühungen der Arbeitnehmererschaft und von unübersehbarer Bedeutung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist, geht sie natürlich daran, wie schon betont, auch die kleinen und kleinsten Sparbeträge aus Arbeitnehmerkreisen den eigenen Arbeitnehmerbanken zuzuführen. Man rechnete vor dem Kriege mit einer jährlichen Kapitalvermehrung von sechs bis sieben Milliarden Mark und die öffentlichen Sparfassen hatten 1913 einen Einlagebestand von circa 20 Milliarden Mark, der sich jährlich um etwa 700 Millionen Mark vermehrte. Diese Spareinlagen führten zweifellos zum größten Teil von Arbeitnehmern her. Auch das Vermögen der verschiedenen Versicherungsträger, das sich um jährlich rund 500 Millionen Goldmark vermehrte, stammt zu einem erheblichen Bruchteil ebenfalls aus Arbeitnehmerkreisen. Und wenn man noch die Arbeitnehmereinlagen bei den Banken, das Vermögen der Konsum- und Baugenossenschaften usw. hinzuzieht, dann ergibt sich, daß ein ganz bedeutender Teil des in der deutschen Wirtschaft tätigen Kapitals von den Arbeitnehmern gestellt wurde. Diese begründete sich mit einer mehr oder minder guten Verzinsung ihrer Gelder und überließens es anderen, mit ihrem Gelde Geschäfte zu machen und die Wirtschaft entscheidend zu beeinflussen. Es fehlte eben an der Zusammenfassung der Arbeitnehmerparität und an der Geltendmachung eines gemeinsamen Willens. Das wird nun anders werden. Natürlich ist die Entwicklung eine langsame, wie ja solide wirtschaftliche Entwicklungen überhaupt langsam vor sich gehen. Jedenfalls besteht die Möglichkeit, daß die deutsche Arbeitnehmererschaft in der Wirtschaft dereinst als Geldgeber entscheidend mitbestimmen können. Auf alle Fälle ist dieses Ziel viel realer und leichter verwirklichtbar, als die sogenannten Sozialisierungs-Theorien der Kommunisten und Radikalsozialisten. Zur Leitung der Arbeitnehmerbanken und der von ihnen beeinflussten Betriebe werden nur die besten und vertrauenswürdigsten Kräfte bestellt. Mithingens wird und darf sich irgendwelcher Dilettantismus breitmachen, man weiß genau, was auf dem Spiele steht. Von einer ausreichenden, praktischen Anteilnahme der deutschen Arbeitnehmererschaft an der deutschen Wirtschaft — die Teilnahme in den öffentlich-rechtlichen Vertretungen derselben genügt nicht — hängt die Sicherheit des Staates und das Wiederhochkommen der deutschen Wirtschaft in hohem Maße ab.

# Unsere Stellung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Von Bernhard Ditt.

Immer noch lasten Not und schwere Sorge auf dem deutschen Volke, die eine objektive und gerecht abwägende Stellungnahme zur Wirtschafts- und Sozialpolitik schwierig machen. Fast wäre es aber, sich unfruchtbarem Pessimismus hinzugeben. Kein Volk wäre imstande gewesen, sein Geschick so zu tragen, wie das deutsche Volk. Darin liegt der Beweis für die ungebrochene Lebenskraft. Die englische Zeitung „Daily Telegraph“ sprach kürzlich in einem Bericht davon, daß Deutschlands wirtschaftliche Erholung seit der Stabilisierung der Währung in den letzten Monaten wunderbar gewesen sei. Deutschland erwache wie ein Riese nach langem Schlaf. Deutschland sei wieder eine große europäische Macht geworden. Es mag dahingestellt sein, ob diese Tatsache nicht zu optimistisch ist. Jedoch die Tatsache, daß die Wirtschaft wieder stärkeren Boden unter den Füßen hat, konnte nur geschaffen werden durch große alseitige Opfer und nicht zuletzt auch durch sehr schwere Opfer der breiten Masse des arbeitenden Volkes.

Unsere Stellungnahme zur Wirtschafts- und Sozialpolitik kann an der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht vorbeigehen, kann aber auch nicht losgelöst werden von unserer Weltanschauung. Die derzeitige Wirtschaftslage erfordert besondere Maßnahmen. Wir gehen davon aus, können aber nicht zugeben, daß die Schlussfolgerung gezogen wird, die Sozialpolitik habe jetzt in den Hintergrund zu treten, sie sei gegenüber der Wirtschaftspolitik unbedingt die Sekundäre. Wir lassen die Sozialpolitik letzten Endes nicht als Geschäft auf, sondern als sittliches Gebot. In einer Volksgemeinschaft, die wirklich Anspruch auf diesen Namen erheben will, muß der Grundgedanke sein, daß im Rahmen des Möglichen die Hilfe demjenigen zuerst zuteil wird, der der Hilfe am meisten bedürftig ist.

Auf der Industriekongress des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, welche Anfang d. J. in Berlin stattgefunden hat, erklärte der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände v. Borzsig, die Vereinigung erkenne die Notwendigkeit der Sozialpolitik unbedingt an, sie bekomme sich nach wie vor zu einer gesunden Sozialpolitik und sei bereit, an ihr positiv mitzuarbeiten. Das Ziel der Sozialpolitik müsse die Stärkung des Ganzen durch Sicherung und Erhaltung seiner wertvollen Teile sein und sofern ein Glied durch Schwachheit zu verfallen drohe, müsse die Sozialpolitik helfend und fördernd einspringen. Wir haben von diesem Bekenntnis mit Befriedigung Kenntnis genommen. Hinzuzufügen will ich, daß keine Übereinstimmung zwischen den Arbeitgebern u. uns über das sich ergibt, was nun in Konsequenz des grundsätzlichen Bekenntnisses praktisch durchgeführt werden kann und muß. Man kann Herrn v. Borzsig zustimmen, daß, wie jede Politik, auch die Sozialpolitik eine Politik des Möglichen des Durchführbaren und des Tragbaren ist. Aber über das Mögliche und Durchführbare werden naturgemäß die Ansichten auseinandergehen.

Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind an sich keine Gegensätze, eine gute Sozialpolitik kommt auch der Wirtschaft zugute. Gute Sozialpolitik, die Arbeitsethik hebt und dadurch den Arbeitsertrag mehrt, dient auch der Wirtschaft.

Als christlich-nationale Arbeiter- und Ständebewegung scheuen wir uns nicht,

## Verantwortung

zu übernehmen. Wir tragen sie infolge unserer Grundanschauung bewußt und halten für ein selbstverständliches Ausmaß unserer sittlichen Verbundenheit mit dem Volksganzen. Darum lehnen wir den Klassenkampf, über den Professor Sommer auf der letzten Tagung des Reichs für Sozialpolitik Worte gesprochen hat, mit denen wir übereinstimmen, entschieden ab. Wir lehnen den Klassenkampf von oben und von unten ab.

Der Berufsgedanke, den wir vertreten, bewahrt uns auch vor einer unnatürlichen Gleichmacherei und Schematisierung. Der Berufsgedanke stellt den Menschen mitten hinein in seine Arbeit, die er als Dienst an seinem Nächsten und am Volke verrichtet. Die Arbeit weist tausendlei Verschiedenheiten auf, wie es ja auch in der Natur der Verhältnisse begründet liegt. Es gibt Arbeiten die größere Anforderungen an das berufliche und fachliche Können stellen und solche mit weniger Anforderungen. Wir erkennen die Verschiedenheiten, welche in der Natur der Dinge, der Gesellschaft, liegen an und halten Differenzierungen für berechtigt.

So sehr wir aber einerseits die verschiedensten Pflichten und Verantwortungen, die uns obliegen, betonen und anerkennen, so nachdrücklich wollen wir aber auch auf der anderen Seite unsere Rechte, die aus ewigen unzerstörlichen Gesetzen sich ableiten, geltend machen.

Im Mittelpunkt alles Handelns steht für uns der Mensch. Zweck der Wirtschaft soll und muß letzten Endes sein, im Dienst des Ganzen zu stehen, nicht aber der Befriedigung der Erwerbssüger zu dienen. Wir bekämpfen nicht das Kapital oder den Kapitalismus schlechthin, sondern in erster Linie den

## Kapitalismus der Gefährdung

Wir bekämpfen nicht jeden Arbeitgeber als Ausbeuter, sondern anerkennen ihn ebenfalls als ein wichtiges volkswirtschaftliches Glied. Damit ist nicht gesagt, daß der gegenwärtige Wirtschaftsorganismus für vollkommen gehalten wird; wir sehen seine Mängel und arbeiten mit Nachdruck an seiner Beseitigung. Ein weiteres Problem tut sich uns auf.

Wie verbinden wir die Arbeiterschaft mehr mit ihrem Beruf, ihrer Arbeit und ihrem Betrieb? Wir erstreben einen besseren Inhalt des

## Betriebsgesetze

Wir möchten die Frage der Beschäftigung auf dem Wege kollektiver Einrichtungen lösen.

Durch die tiefere Pflege des Berufsgedankens muß eine stärkere seelische Verbindung der Arbeiterschaft mit der Arbeit geschaffen werden. Auf der anderen Seite fordern wir eine Erziehung der Kinderreichen Familien. Wir verlangen, daß man von dem Streben absteht, soziale Ministerien, soziale Einrichtungen anzuführen, während man an Einrichtungen für Landwirtschaft und Industrie nicht rüttelt. Wir können es auch nicht als Volksgemeinschaftsgesetz ansehen, wenn eine Oberschicht nach unverhältnismäßig hohen Bezügen verlangt, während weite Kreise des Mittelstandes, der Rentenempfänger darben. Unter dem Gesichtspunkt gegenseitiger Schicksalsverbundenheit möchten wir uns für die Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit einsetzen.

## Mit der Beseitigung des Sachverständigenzwangs

Das soziale Gefahren verlohnt sich Art verbunden. Der im Sachverständigenzwang genannte Wohlstand ist für ein notwendiges und reiches Volk nicht unerträglich. Der Staat verkehrt durch Erwerb und Reichtum partei wirtschaftliche Maßnahmen. Umso härtere Einflüsse werden in Zukunft die privatkapitalistische Wirtschaftsmacht haben. Eine bedeutende Erscheinung im Sinne einer gesunden Sozialreform. Es ist selbstverständlich, daß wir auf eine gerechte Verteilung in Konsequenz der Erfüllung des Sachverständigenzwangs bedacht sein müssen. Das gilt nicht nur in bezug auf die Arbeitsbedingungen, sondern auch auf die Steuerfrage. Hier ist Schonung der kinderreichen Familien, vor allem auch der kinderreichen Familien notwendig. Die Vermögenssteuer trägt zur Verteilung wesentlich bei und trifft besonders die kinderreichen Familien. Die Gewerbe-

steuern haben mancherorts eine bedenkliche Höhe angenommen. Auch die Mietzinssteuer drückt schwer auf schwache Schultern. Wir werden versuchen, die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf diesem Gebiete durchzusetzen. Ein Umding ist es, die Hauszinssteuer statt nur zum Wohnungsbau zur Beamtenbeholdung zu verwenden in einem Augenblick, wo die Beamtenbeholdung vor nicht allzulanger Zeit eine Neuregelung erfahren hat. Durch die Befreiung von den Vicumlasten ist die

## Zollfrage

Wirtschaft in den Vordergrund gerückt. Wir wollen die Zollfrage unter Berücksichtigung des Gesamtwohles betrachten. Aber schließlich ist auch das Gesamtwohl gefährdet, wenn den breiten Massen des Volkes so viel Lasten auferlegt werden, daß sie dieselben nicht tragen können und ihre Kaufkraft eine minimale wird. In bezug auf die neu abzuschließenden Handelsverträge mit verschiedenen Staaten geben wir zu, daß wir nicht alles vom Ausland wahllos und zollfrei nach Deutschland hereinlassen können. Insbesondere nicht, da auch das Ausland sich durch hohe Zölle gegen die Einfuhr deutscher Waren zu schützen sucht. Freihandel mag zu vertreten sein, aber in einem Augenblick, wo das Ausland sich Deutschland gegenüber abschließt, kann man kaum ernsthaft darüber reden. In verschiedenen Zweigen unserer Industrie sind Zölle auch im Interesse der Arbeitnehmerschaft eine unerläßliche Notwendigkeit. Ueber ihre Höhe läßt sich streiten.

Nicht so einfach ist die Beurteilung des Schutzzolls für die Landwirtschaft. Wir haben Interesse an einer starken Landwirtschaft. Wir kommen aber nicht darum herum, eine Stellung einzunehmen, die die gegenwärtige Lage der arbeitenden Volksschichten berücksichtigt. Die Landwirtschaft hat in den verflochtenen Inflationszeiten bessere Zeiten gehabt als manche andere Volksschichten, ohne es gut verstanden zu haben, sich festlich in die Volksnot hineinzuwerfen. Das erwachte Hemmnisse. Außerdem haben die Preise bedeutend wieder angezogen. Ein unwirtschaftlicher Schutz soll nicht mit einer gewissen Verfeinerung verbunden. Andererseits geben wir zu, daß durch eine schlechte Lage der Landwirtschaft die Gefahr der Abwanderung vom Lande in die Industrie wieder größer wird und dadurch schmerzliche Folgen eintreten werden. Der Schutz auf landwirtschaftliche Produkte kann als Druckmittel und Kampfmittel beim Abschluß von Handelsverträgen für die Industrie benutzt werden. Von diesem Gesichtspunkt her auch die Zollfrage der Regierung, die den Schutz für die Landwirtschaft entscheidet, zu bemerken. Wir können der Verwirklichung von mächtigen sogenannten Kampfschutzfällen für die Landwirtschaft nur unsere Zustimmung geben, wenn zum mindesten durch geeignete sonstige Maßnahmen die Verteuerung der Lebenshaltung wieder ausgeglichen wird. Das bedeutet für uns verschiedene Forderungen: Ausschaltung überflüssiger und verteuender Zwischenglieder. Dabei fällt unserer Genossenschaftsbewegung eine wichtige Aufgabe zu. Ferner stärkere Inangriffnahme der Siedlungsfrage. Auch da müssen wir durch konkrete Maßnahmen vorwärts kommen. Weiter fordern wir von den Vertretern der Landwirtschaft größtmögliche Unterstützung einer zweckentsprechenden Regelung der Erwerbslosenfürsorge. Ganz energig wehren wir uns gegen den Druck einiger landwirtschaftlicher Arbeitnehmerschichten auf christlich-nationale Verbände, um diese zu gewissen Verbindungen zu bewegen. Wir sehen ein solches Handeln als ein Vergehen gegen die Koalitionsfreiheit an. Alles in allem genommen können jedoch volkswirtschaftliche wie auch staatspolitische Notwendigkeiten für eine Beschäftigung der landwirtschaftlichen Schutzlosen ins Feld geführt werden. Wir müssen aber noch einmal ausdrücklich betonen, daß die Stellungnahme der christlich-nationalen Arbeiterschaft zur Schutzfrage solange offenbleiben muß, bis bestimmte, wichtige Lebensinteressen der Arbeiterschaft sichergestellt sind.

## Eine wichtige Rolle spielt die Frage der Produktionssteigerung

und im Zusammenhang damit die Frage der Arbeitszeit. Es ist eine falsche Vorstellung, wenn man meint, Produktionssteigerung sei nur mit verlängerter Arbeitszeit und die notwendige Verbilligung der Produktion nur mit gedrückten Löhnen und Gehältern zu erreichen. Der unsoziale Geist, der sich in manchen Arbeitgeberkreisen weckt, breitet sich in die Zukunft für den nationalen Zusammenhalt unseres Volkes. Ohne soziale Erneuerung gibt es keine nationale Wiedergeburt. Dem Substanzverlust der Wirtschaft gegenüber steht der ungeheure Substanzverlust an Arbeitskraft, von dem erst jetzt wieder gesprochen wird. Mit genauer Rechenart muß auch eine Verbilligung der Betriebsorganisation und der Betriebskosten einhergehen. Abgesehen von der noch immer vorherrschenden Überspannung des Karstellens scheint in manchen Betrieben die Zahl unproduktiver Kräfte immer noch erheblich zu sein. Wir glauben uns zu der Annahme berechtigt, daß in der Wirtschaft noch nicht alles ein und das gleiche ist, was zur Ausbeutung unproduktiver Kräfte und Elemente notwendig ist.

## In bezug auf die Arbeitszeitfrage

Scheint uns die herrschende Betrachtungsweise doch sehr schematisch. Vor allem die Meinung, daß infolge der vergrößerten Lasten eines verlorenen Krieges unbedingt länger gearbeitet werden muß als vor dem Kriege. Es wird dabei übersehen, daß auch im Auslande ebenfalls eine verkürzte Arbeitszeit Geltung hat und daß außerdem die Arbeitsintensität bei uns fast auf der ganzen Linie erheblich gestiegen ist. Wir geben zu, daß ein Teil der deutschen Arbeiterschaft zu schematisch am Achtstundentag festhält; genau so schematisch verlangen aber die Arbeitgeber die Verlängerung. Bei dem Zusammenbruch Ende vorigen Jahres hat die christlich-nationale Arbeiterschaft den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung getragen, während viele Arbeitgeberkreise durch diktatorisches Vorgehen zur Vergütung der Atmosphäre zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer außerordentlich beitrugen. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde fast auf der ganzen Linie zum Lohndruck benutzt. Als wir im vorigen Jahre um der Not des Ganzen willen dem Opfer vermehrter Arbeit bestimmten, haben wir damit nicht einen Dauerzustand gelten lassen wollen. Nachdem das Sachverständigenzwang angenommen worden ist, ist eine allgemeine Entspannung eingetreten und es geht in Zukunft nicht mehr an, daß gerade unsere Schwerk- und Schwerarbeiter die längste Arbeitszeit haben. Es ist der Zeitpunkt beschleunigter Erleichterungen und Neuregelungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit gekommen. Gegenüber dem Verlangen der freien Gewerkschaften nach einem Volksentscheid über die Regelung der Arbeitszeit haben wir uns ablehnend verhalten und uns auf den Standpunkt gestellt, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag sei unter gewissen Vorbehalten von Deutschland nun in das Bereich der Bewährungsfrage gerückt. Bei der schwierigen Lage Deutschlands in der Reparationsfrage kann der Achtstundentag nicht starr und schematisch als Dogma aufgestellt werden. Unsere Formel lautet:

Kürzeste Arbeitszeit in Anpassung an die wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse. Den Standpunkt, Deutschland soll sich überhaupt nicht auf internationale Abmachungen einlassen, können wir nicht vertreten. Alles in der Welt drängt nach härteren Zusammenhängen und das internationale Arbeitsamt ist eine Institution, auf dessen internationalen Arbeitskonferenzen vor dem Forum der ganzen Welt die sozialen Verhältnisse erörtert werden. Wir halten es für besser, für die

Notlage des deutschen Volkes im Interesse der Aufrechterhaltung einer gesunden sozialen Reform auch internationale Verständnisse zu werten. Die Folge der mangelhaften und von der Reichsregierung ausgesprochenen Bereitwilligkeit zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wird zunächst sein, daß das Zwischenschalten in der Schwerindustrie nicht beibehalten werden kann. Der Achtstundentag soll als allgemeiner Grundfals beibehalten werden. Darüber wird die christlich-nationale Arbeiterschaft sich vorliegenden Notwendigkeiten nicht verschließen, vor allem dann nicht, wenn auf Arbeitgeberseite über die erforderlichen Maßnahmen auf lokalen Wege mit der Arbeiterschaft verhandelt und die Arbeitszeitfrage selbst nicht zum Lohndruck benutzt wird.

Gesagt sei noch, daß es nicht genügt, den Arbeitnehmern eine möglichst verkürzte Arbeitszeit zu sichern. Es müssen auch Maßnahmen und Sicherungen getroffen werden, die der Arbeiterschaft eine gute Ausnutzung der Freizeit ermöglichen.

## Wichtig ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge

die immer noch als mangelhaft bezeichnet werden muß. Die finanziellen Verhältnisse des Reichs, der Staaten und der Gemeinden bedeuten wohl eine Hemmung; aber die Arbeitskraft Hunderttausender steht auf dem Spiele. Irgend muß etwas geschehen. Die augenblicklich geltende Regelung ist ein Kompromiß zwischen Arbeitslosenversicherung und staatlicher Fürsorge, wobei allerdings die aus der Gewerkschaftenversicherung sich ergebende Selbstverwaltung vollständig zu kurz kommt. Wir müssen uns gegen die Strömungen wehren, die in Zukunft die Beihilfen des Reichs und des Staates überhaupt in Wegfall kommen lassen wollen. In der augenblicklichen Zeit der Not können die Kosten der Erwerbslosenfürsorge nicht allein auf Arbeitgeber und auf Arbeitnehmer abgewälzt werden; denn die Niederlage der Wirtschaft hängt zusammen mit den politischen Gegebenheiten. Außerdem muß den staatlichen Behörden in Zukunft auch ein entsprechender Einfluß auf die Erwerbslosenfürsorge eingeräumt werden, der über nicht so weit gehen darf, daß, wie heute, die Versicherten wohl ihre Beiträge bezahlen, über die Frage, wer etwas erhält und wieviel er erhält aber die behördlichen Instanzen entscheiden. Unhaltbar ist es, daß Arbeiter von ihrem außerordentlich fargen Lohn noch Arbeitslosenunterstützungsbeträge bezahlen, aber Arbeitslosenunterstützung nicht erhalten. Die neue Arbeitslosenversicherung muß alle Mängel beseitigen. Auch das Durcheinander auf dem Gebiete der Beitrags- und Versicherungsgemeinschaften muß beseitigt werden. Insbesondere muß zwischen Preußen und dem Reich ein Ausgleich herbeigeführt werden. Es scheint uns durchaus möglich, den staatlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Diese sind aber auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge in den richtigen Einklang mit dem Prinzip der Selbstverwaltung und mit dem Notwendigkeiten zu bringen, welche die Wechselwirkung zwischen Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit bedingt.

Bedeutend ist es, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine wirkliche

## Arbeitsgemeinschaft

nicht mehr besteht. Sie wäre gerade jetzt notwendiger denn je. Die Zentralarbeitsgemeinschaft ist nach Austritt der freien Gewerkschaften ein Torso. Dazu kommt, daß ein arbeitsfähiger Reichs- und Wirtschaftsrat nicht mehr besteht. Der künftige Reichswirtschaftsrat muß beschleunigt geschaffen werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist aus der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht ausgetreten. Mehr haben die bekannten Beziehungen zwischen dem Reichsverband der Deutschen Arbeitgeberverbände v. Borzsig und dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Siegenwald, haltgemacht, die sich um die Frage drehen, ob sich für die Zukunft eine lebensfähige und selbstständige Arbeitsgemeinschaft wieder aufbauen läßt. Die Aussichten sind sehr gering, da man auf Arbeitgeberseite die Mitbeteiligung der konventionellen nationalökonomischen Arbeitnehmerschichten, also der wirtschaftsrechtlichen oder aber gelben Gewerkschaftsbewegung verkennt. Wenn wir auch zwischen der sogenannten wirtschaftsrechtlichen Bewegung in der Landwirtschaft und der in der Industrie zu unterscheiden wissen, so können wir uns auch die Ziele der ersteren nicht zu eigen machen. In der Industrie aber können wir der wirtschaftsrechtlichen Bewegung einen gewerkschaftlichen Charakter nicht zuerkennen. Ihre Nationalität ist in der letzten Zeit recht unser Volk noch weiter auseinander und wir müssen betonen, daß wir ihre geistige Einflutung als Grundlage für fruchtbarere Gewerkschaftsarbeit nicht anerkennen können. Ihren Forderungen gegenüber von dem Verlangen nach einer nationaler Einflutung bei uns können wir nur auf das Handeln der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Gefährngebiet des Westens hinweisen; denn auf das Handeln kommt es an, nicht auf die Phrasen.

Weiter wollen die Arbeitgeber von der Schematisierung und dem Tarifzwang herunter. Man kann aber eine Arbeitsgemeinschaft nicht wollen ohne den Tarif. Eine individuelle Regelung müssen wir ablehnen. Freiheit auf diesem Gebiete würde in der Praxis den Sozialismus des einzelnen als leitendes Wirtschaftsprinzip bedeuten. Eine solche „privatwirtschaftliche Weltanschauung“ wird in uns den härtesten Gegner finden. Wohl sind wir bereit, das Tarifwesen stärker zu spezifizieren und es den gegebenen betrieblichen, örtlichen und bezirklichen Verhältnissen mehr anzupassen.

## In bezug auf das

## Schlichtungswesen

müssen wir betonen, daß die freiwilligen Schlichtungseinrichtungen, die durch die Beteiligten selbst gebildet werden und die ihre Entscheidungen ohne Eingreifen von außen her erfüllen, staatlichen Einrichtungen vorzuziehen sind. Trotzdem kann nicht ganz auf Zwang verzichtet werden. Es wäre nur möglich, wenn Tarifwille und Willensänderung auf allen Seiten in so starkem Maße vorhanden wären, daß man in Konsequenz den Staat entschließen könne. Das ist aber nicht der Fall. Darum hat der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, regelnd und entscheidend einzugreifen.

Das privatwirtschaftliche Prinzip, das in weiten Arbeitgeberkreisen im Vordergrund steht, erschwert außerordentlich das Zustandekommen einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft. Es kommt nun darauf an, ob sich auf beiden Seiten eine entsprechende Anzahl von Menschen findet, die den Mut haben, auf dem Boden der gegenseitigen Gleichberechtigung und Anerkennung allen Hindernissen zum Trotz Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Die Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind nicht nur vom Standpunkt der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, sondern auch aus christlich weltanschaulicher Einstellung heraus zu betrachten. Wirklich soziales Empfinden und entsprechendes Handeln wächst aus den Grundfragen heraus, auf denen sich die Weltanschauung unserer Bewegung aufbaut. Eine Belebung der eifrigen Kräfte im Geist dieser Weltanschauung halten wir für notwendig. Arbeit ist Dienst am Ganzen. Diese Überzeugung muß wieder lebendig werden. Dieser Geist lebendig zu machen und auf ihn die soziale Erneuerung aufzubauen ist die Mission unserer Bewegung. Ehre und wahre Volksgemeinschaft hat wirklich soziale Gewinnung und soziale Gerechtigkeit nach allen Seiten zur Voraussetzung. Je mehr wir die Aufgabe unserer Bewegung in dieser Richtung setzen und verwirklichen, um so eher wird auch die Stunde schlagen, wo unserm heiliggeliebten deutschen Volk und Vaterland wieder bessere Zeiten beschiden sind.